

KGW's Rundschreiben



23.06.2026
Seite 1 von 7

Deutschland, Europa und die Welt

Der einstige Glanz **Deutschlands** ist runtergedimmt. Bei internationalen Unternehmen ist Deutschland auf dem Rang „unbeliebt“ eingestuft. So sagt es der „Standort-Index“ des Wirtschaftsberatungsunternehmens KPMG. Seit der Erstauflage 2017 zeigte die Skala einen Wert von 10 (im EU-Vergleich) und vor 2 Jahren 0,2. Schuld ist das **strukturelle Problem**, in dem wir stecken, das weit über eine reine Konjunkturschwäche hinausgeht. Die wichtigsten Kernprobleme: Verlust der Wettbewerbsfähigkeit: Die deutsche Wirtschaft ist zu stark von Exporten abhängig, die durch internationale Krisen und schwache globale Nachfrage unter Druck steht. Schlüsselbranchen wie die Autoindustrie verlieren Marktanteile an China.

Demografie und Fachkräftemangel: Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in Rente, was den Arbeitsmarkt massiv verknappt. Gleichzeitig drohen die Sozialabgaben für Rente, Pflege und Gesundheit ohne weitreichende Reformen auf bis zu 50% des Bruttolohnes zu steigen.

Standortnachteile und Bürokratie: Im internationalen Vergleich belasten hohe Energiekosten, langwierige Genehmigungsverfahren und eine als erdrückend empfundene Bürokratie die heimischen Unternehmen.

Investitionsstau: Über Jahre hinweg wurde in Deutschland zu wenig in zukunftsweisende Technologien, Digitalisierung und die Infrastruktur (z.B. Schienennetze und Straßen) investiert.

Steuerliche Belastung: Deutschland folgt Belgien bei der steuerlichen Gesamtabgabenlast in Europa auf Platz 2.

Künstliche Intelligenz: 12% der Unternehmen setzen in Deutschland KI ein und sind damit im europäischen Vergleich führend (EU-Durchschnitt = 8%).

Zentraler Standort: Mit 83,5 Mio. Einwohnern ist Deutschland das bevölkerungsreichste Land Europas. 60% der internationalen Unternehmen nutzen Deutschland als Europazentrale und steuern von hier ihre Aktivitäten außerhalb Europas. Hinsichtlich der Größe und Kaufkraft zählt Deutschland zu den Top-5-EU-Ländern.

Verlässliche Rahmenbedingungen: Die politische Stabilität der schwarz-roten Koalition wird von 65% der ausländischen Unternehmen geschätzt.

Bildung und Attraktivität: In einem weltweiten Ranking unter Studierenden liegt Deutschland hinter den USA auf Platz 2 unter 38 OECD-Ländern. Exzellente Universitäten, niedrige Studiengebühren und gute Bleibemöglichkeiten (auch nach dem Studium) waren die Gründe für die hervorragende Bewertung.

Die Kriege in der Ukraine und gegen den Iran belasten die Mitgliedsstaaten der EU, sodass 2026 und 2027 deutlich geringere Zuwachsraten des BIP (Bruttoinlandsprodukt) erreicht werden. Die Rivalität zwischen den USA und China, die amerikanischen Zölle und die chinesische Subventionspolitik treffen die deutsche Exportwirtschaft stärker als alle anderen Volkswirtschaften. Der heimische Reformstau stoppte Investitionen privater Unternehmen; die gehen damit nach Möglichkeit ins Ausland, wo Arbeits- und Energiekosten sowie Steuerbelastungen geringer sind. Ausländische Investoren machen möglichst einen Bogen um Deutschland. Somit schwinden die Investitionen, was zu einem Erlahmen der Wirtschaftskräfte führt. Die bundesdeutsche anhaltende wirtschaftliche Schwächephase zieht höhere Inflationsraten nach sich. Höhere Zinsen beeinträchtigen die Investitionsbereitschaft, sodass sich Unternehmen und der Staat übermäßig

verschulden. Noch gehört Deutschland global weiterhin zu den reichsten Ländern, doch mehrere Indikatoren zeigen, dass der Lebensstandard seit dem Jahre 2020 stagniert oder leicht rückläufig ist. Die wirtschaftlichen Probleme sind bereits in der Bevölkerung angekommen. Kaufkraftverluste, steigende Armutsquoten und eine wachsende Zahl von Menschen, die trotz Vollzeitarbeit Schwierigkeiten haben, Rücklagen zu bilden, gefährden das Versprechen auf sozialen Aufstieg. Wir brauchen in der Politik und in der Wirtschaft Menschen, die den Hebel zu „richtigem Wachstum“ umlegen.

Das Regierungsbündnis nach einjährigem Bestehen ist in einer Phase tiefen Frusts und zäher Machtkämpfe. Es gelingen keine echten Strukturreformen.

Beim **Spitzentreffen im Kanzleramt** am 10. dieses Monats zwischen der schwarz-roten Koalitionsspitze, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften kam es zu keinen konkreten Ergebnissen oder Beschlüssen. Wesentliche Punkte des Treffens:

Einigkeit über Diagnose: Alle Seiten anerkannten, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland vor großen Herausforderungen steht und Reformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, zum Abbau von Bürokratie sowie zur Sicherung der Sozialsysteme notwendig sind.

Keine Einigkeit über Lösungen: Über konkrete Lösungsansätze, insbesondere bei steuerlichen Entlastungen und der Ausgestaltung der Sozialversicherungen, herrschte weiterhin Divergenz.

Weiterer Prozess: Die Teilnehmer einigten sich darauf, den Reformprozess konstruktiv zu begleiten und weitere Gespräche zu vereinbaren.

Nächste Schritte: Die entscheidenden Weichenstellungen für die Reformen (Rente, Gesundheit, Steuern) sollen im Koalitionsausschuss am 1. Juli 2026 beschlossen werden. In diesem Gremium entscheidet ausschließlich die politische Führung der Koalitionsparteien über die Gesetzespakete.

Seit Mitte Mai ist **Dorothee Bär** (CSU) Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt. Sie verfolgt mit ihrer **Hightech-Agenda**, Deutschland an die Weltspitze zu führen. Die zentralen Pläne und Schwerpunkte:

Fokussierte Förderung: Weg vom Gießkannenprinzip hin zur gezielten Unterstützung von Clustern wie Quantencomputer, künstlicher Intelligenz und Fusionsenergie.

Raumfahrt-Strategie: Die Rückkehr der Raumfahrt in das Forschungsministerium und massive Investitionen in die Luft- und Raumfahrt als strategischen Standortvorteil incl. möglicher bemannter Mondmissionen in 5-7 Jahren.

Wirtschaft und Innovation: Stärkung der deutschen Souveränität (z.B. durch Satellitendienste wie Copernicus / Galileo), Förderung von Gründungen und der Abbau von Bürokratie.

Budget: Bis Ende der Legislaturperiode 2029 stehen 18 Mrd. € bereit.

Ihre Pläne zeigen visionäre Ziele. Was fehlt, ist die Infrastruktur. Der Kapitalbedarf wird genannt (siehe Budget), aber nicht die Finanzierung. Dann der entscheidende letzte Satz: „Unter Vorbehalt verfügbarer Haushaltsmittel“. Vielleicht wird's was, wenn Kanzler Merz es zur Chefsache macht.

Es scheint den Vize-Kanzler und **Finanzminister** Lars Klingbeil (SPD) in keinster Weise zu stören, wenn Ökonomen seine Politik als **unsolide** bezeichnen. Bis 2030 will er ca. 1.000 Mrd. € an neuen Schulden aufnehmen. Die Ausgaben des Bundes sollen bis zu diesem Zeitpunkt auf 625 Mrd. € steigen. In 2030 werden 80% aller Mittel in 3 Bereiche fließen: Soziales, Verteidigung und Zinskosten. In Relation zu 2020, als diese 3 Blöcke nur 46% ausmachten. Jeder fünfte Steuer-Euro des Bundes wird 2030 in Zinskosten fließen. Bei dieser Politik gilt es als sicher, dass Deutschland die Bestnote der Ratingagenturen weggenommen wird. Der Zusammenhang war zwar ein anderer, aber wir zitieren das Urgestein der SPD **Franz Müntefering**. Vor ca. 20 Jahren sagte er: Wer so

rechnet, handelt unredlich, dazu muss man kein Mathematiker sein – da reicht Volksschule Sauerland. Heute sehnt sich wahrscheinlich jeder Deutsche nach **Wolfgang Schäuble**¹ (CDU) zurück. Sein Markenzeichen war die „schwarze Null“. Ob die Politik des Lars Klingbeil künftige Generationen negativ beeinflusst, ist umstritten und hängt stark von der politischen und ökonomischen Perspektive ab.

Die „**Trendstudie Jugend in Deutschland**“ erscheint jährlich und wurde soeben aktualisiert:
Pessimismus und Krisenmodus: Junge Menschen (14-29 Jahre) blicken pessimistisch auf die gesellschaftliche Zukunft. Hauptursachen sind Kriege, Inflation, teurer Wohnraum und der Klimawandel.

Psychische Belastung: 29% geben an, psychologische Hilfe zu benötigen. Jeder Fünfte befindet sich bereits in Behandlung. Gründe sind Stress (49%), Erschöpfung (36%) und Perspektivlosigkeit.
Abwanderungsabsichten: 21% planen konkret, Deutschland zu verlassen. 41% können sich das vorstellen. Vielfach sind die Auswanderer überdurchschnittlich jung und hochqualifiziert. 2024 waren es 270.000 – Trend steigend. Es geht um die Gruppe, die für die Zukunft Deutschlands entscheidend ist. Hauptgründe, Deutschland den Rücken zu kehren: Schlechte Lebenschancen und wirtschaftliche Unsicherheit, langsame Verwaltungsverfahren, fehlende digitale Strukturen. Angst, dass die Qualifikation des Bildungssystems nicht dem internationalen Niveau entspricht.

Politische Entwicklung: Die AfD ist bei jungen Männern besonders beliebt, während Die Linke unter jungen Frauen stark ist.

Wirtschaftliche Lage: Die Jugendschuldenquote ist auf 23%. Der Vergleich mit anderen Ländern fällt für Deutschland nicht vorteilhaft aus. Bessere Vermögensbildung, Steuern und Abgaben, bezahlbarer Wohnraum, gerechtere Bildungschancen, ein stabiles Rentensystem, fehlende Digitalisierung sind die Hauptthemen der deutschen Jugend. Den Worten fehlen (bisher) die Taten. Es geht um die Attraktivität Deutschlands als Arbeits-, Lebens- und Zukunftsraum. Nur wo Wachstum entsteht, Innovation stattfindet, sehen junge Leistungsträger das Land ihrer Zukunft.

Nach dem reformierten Wahlrecht schrumpfte der **Bundestag** von 733 auf 630 Sitze. Man sollte meinen, auch die **Kosten**. Weitgefehlt, die steigen! Die „Diäten“ (Grundentschädigung) der Bundestagsabgeordneten steigen um 4,2%. Im jährlichen Verlauf:

07/2022	07/2023	07/2024	07/2025	(geplant) 07/2026
10.323 €	10.591 €	11.227 €	11.833 €	12.330 €

Ob die Abgeordneten ab 07/2026 auf die Erhöhung verzichten, ist noch in der Diskussion. Hinzu kommt eine steuerfreie Kostenpauschale von 5.476 € und 1.000 € (Büroausstattung u.ä.). Die Gesamtkosten (Stand 2025/26 für 733 Abgeordnete) pro Kopf variieren zwischen 480.000 € und 765.000 €; gesamt ca. 1,1 Mrd. €. Rechnet man Kosten der 16 Landesparlamente hinzu, kommt man auf die stattliche Zahl von 1,4-1,5 Mrd.€ jährlich. Im Bundeshaushalt gibt es die Position „Politische Führung und zentrale Verwaltung“. Dieses Jahr geben wir 26 Mrd. € aus für den Bundestag, den Bundesrat, das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien und die obersten Bundesbehörden. Diese Kosten sind allein fürs demokratische Regieren und für die gut 500.000

¹ Bundesfinanzminister von 2009-2017. Seine Krebserkrankung hielt er streng geheim. Seit einem Attentat 1990 war er querschnittsgelähmt. Am 26.12.2023 verstarb er im Alter von 81 Jahren an Krebs.

Staatsdiener (Bundesbedienstete incl. Soldaten). Da ist noch kein Euro in Infrastruktur investiert oder für die Rente ausgegeben. Die Ausgaben sind dynamisch und steigen gegenüber 2025 um 8%. 13 Mrd. € gehen inzwischen für Pensionen und Beihilfen drauf.

Weit mehr als 75% der deutschen Bevölkerung sind mit der Regierungsarbeit der CDU/CSU und SPD unzufrieden. Die Ergebnisse der jüngsten Landtagswahlen geben ein deutliches Zeugnis ab. Wir zitieren den historischen Ausdruck, der wahrscheinlich auf **Martin Luther** zurückgeht: „Warum schaut man nicht dem Volk aufs Maul.“ Es würden dann die Sorgen und Nöte der Bevölkerung erkannt und nicht an den Bedürfnissen vorbeiregiert. Warum hört die Bundesregierung nicht auf fachliche Unabhängigkeit ihrer Berater? Wahrscheinlich, weil Politiker primär Bestätigung für ihre eigenen politischen Ziele suchen, anstatt nach neutraler Expertise zu verlangen. Der BRH (Bundesrechnungshof) kritisiert seit Jahren die Kosten für die **Ratschläge der Experten**. Die Ausgaben stiegen zwischen 2020 und 2023 um 39% auf jährlich knapp 240 Mio. €. Anscheinend waren sie nicht so gut, dass sie zu einer Umkehr in der politischen Denkrichtung reichten.

1975 trug der Showmaster Rudi Carell eine humorvolle Schlager-Version² des US-amerikanischen Folk-Songs „City of New Orleans“ vor. Noch heute wird das Lied gespielt und man hört die Zeile „... der Milchmann sagt, dies Klima hier wen wundert's, denn Schuld daran ist nur die SPD ...“. Das meinen wir, ist ziemlich weit hergeholt. Aber in der Regierungsarbeit hat die SPD bzgl. Insolvenzen ihr „Scherflein“ beigetragen. 2025 meldeten in Deutschland 24.064 Unternehmen Insolvenz an; ein Anstieg zum Vorjahr von 10,3%. Der höchste Stand seit 2014. Finanzieller Schaden, d.h. offene Forderungen der Gläubiger: 47,9 Mrd. €. Das Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung (IWH), Halle nannte für die letzten Monate 842 Unternehmen mit gut 30.000 Arbeitsplätzen. Im Vergleich zum Corona-Zeitraum November 2018 bis April 2019 90 Unternehmen pro Monat, derzeit gut 140. Am höchsten trifft es metallverarbeitende Betriebe.

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Die Schließung der Straße von Hormus hat einige **Rohstoffpreise** gravierend verändert. Gewinne und Verlierer (Stand Anfang bis Ende 03/2026):

Brent-Öl	+63,3%	Nickel	-4,2%
Erdgas	+26,8%	Kupfer	-7,7%
Lithium	+12,7%	Gold	-11,4%
Aluminium	+12,2%	Silber	-19,2%

Über Nickel haben wir in der Info Mai 2026 geschrieben. Kupfer notiert an der LME³ bei ca. 13.350 US\$/to. Preistreiber ist z.B. der Bau von Rechenzentren für die KI-Revolution. 2040 droht den Schätzungen zufolge ein Defizit von 10 Mio. Tonnen Kupfer, falls die Minenproduktion auf dem aktuellen Niveau bleibt und auch die Recycling-Quote nicht wächst. Der Preis könnte auf über 15.000 US\$/to steigen.

Ein Großteil des heute gewonnenen Molybdäns wird als Nebenprodukt bei der Kupferherstellung (ca. 54%) bzw. Kupferraffination gewonnen. Der Molybdänpreis hängt vom Kupferangebot (-preis)

² „Wann wird's mal wieder richtig Sommer?“

³ LME = London Metal Exchange

ab. Es gibt derzeit keine technische Möglichkeit, das im Stahl enthaltene Molybdän zu isolieren und separat zu recyceln, was die Abhängigkeit von Neugewinnung erhöht. China ist der größte Produzent und Lieferant von Molybdän; es folgen Chile und Peru. Die weltweit vorhandenen Reserven reichen bei der aktuellen Fördermenge von ca. 270.000 Tonnen jährlich für gut 40 Jahre.

Bis Herbst werden sich der Chrom- und Nickelpreis kaum verändern. Bei Molybdän ist mit Steigerungen zu rechnen. Aufgrund dieser Entwicklung ergibt sich für die Legierungszuschläge folgende Prognose:

Werkstoff-Nr.	LZ 06/2026	Voraussichtlicher LZ bis III. Quartal 2026
1.4016	1.088	1.080
1.4301	2.358	2.340
1.4404	4.032	4.210
1.4509	1.350	1.350
1.4521	2.405	2.600
1.4539	7.231	7.600
1.4571	4.081	4.270

Werte in Euro/Tonne

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1,1370	20.730	20.610	101.256	1.839
03.01.2023	1,0664	31.200	31.350	55.380	2.961
02.01.2024	1,1039	16.600	16.800	64.158	1.515
02.01.2025	1,0376	15.010	15.295	162.474	1.455
02.01.2026	1,1745	16.765	16.915	255.282	1.430
02.02.2026	1,1852	16.540	16.825	285.528	1.396
02.03.2026	1,1812	17.335	17.560	287.976	1.460
01.04.2026	1,1521	17.065	17.250	281.520	1.470
04.05.2026	1,1721	19.295	19.480	276.888	1.651
01.06.2026	1,1660	19.050	19.280	276.444	1.636
22.06.2026	1,1471	17.640	17.780	276.192	1.541

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	06/25	969	02/25	1.077	1.015	1.017	1.004	1.059	1.094	1.088	1.101					
4301	08/25	1.834	02/25	2.118	1.919	2.118	2.142	2.219	2.247	2.358	2.346					
4404	08/25	3.091	02/25	3.522	3.179	3.482	3.639	3.825	3.818	4.032	4.103					
4509	10/25	1.235	02/25	1.350	1.273	1.277	1.265	1.322	1.356	1.350	1.380					
4521	06/25	1.988	02/25	2.238	2.065	2.102	2.198	2.347	2.352	2.405	2.512					
4539	08/25	5.425	02/25	6.253	5.533	6.174	6.505	6.831	6.777	7.231	7.363					
4571	08/25	3.124	02/25	3.566	3.213	3.523	3.682	3.870	3.863	4.081	4.151					

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	06/25	1.162	02/25	1.292	1.218	1.220	1.205	1.271	1.313	1.306	1.321					
4301	08/25	2.201	02/25	2.542	2.303	2.541	2.571	2.663	2.697	2.830	2.816					
4310	08/25	2.068	02/25	2.401	2.137	2.349	2.374	2.462	2.497	2.614	2.603					
4404	08/25	3.708	02/25	4.226	3.815	4.179	4.367	4.591	4.583	4.839	4.924					

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2025		2025		2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026	2026
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	10/25 11/25 12/25	390	03/25	450	400	430	440	440	470	470						
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	07/25 08/25	950	01/25	1.270	1.030	1.100	1.280	1.280	1.310	1.280						
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	07/25 08/25	2.000	03/25	2.240	2.100	2.120	2.270	2.310	2.350	2.360						

*) Markenname Outokumpu Nirosta

In eigener Sache

Nach sorgfältiger Überlegung haben wir uns dazu entschlossen, die Geschäftsaktivitäten der KGW Gerber Edelstähle GmbH zu beenden und die Gesellschaft freiwillig zu liquidieren. Eine Liquidation ist keine Insolvenz. Unternehmen wie Creditreform und andere mehr geben uns den besten Bonitätsindex.

Diese Entscheidung basiert darauf, dass trotz intensiver Bemühungen keine angemessene Nachfolgeregelung innerhalb unseres Gesellschafterkreises gefunden werden konnte. Aus diesem Grund erfolgt die Auflösung des Unternehmens in aller Konsequenz geordnet und strukturiert.

Für Sie als unser geschätzter Geschäftspartner bedeutet dies Folgendes:

Laufende Aufträge: Alle bereits vereinbarten Verträge, Bestellungen und Dienstleistungen werden selbstverständlich wie gewohnt, zuverlässig und in der gewohnten Qualität zu Ende geführt.

Erreichbarkeit: Wir sind auch während der Liquidationsphase weiterhin für Sie unter den bekannten Kontaktdaten erreichbar, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten.

Gewährleistung: Bestehende Ansprüche und Garantien bleiben im gesetzlichen Rahmen unberührt.

Sollten Sie Fragen zum Ablauf oder zu Ihren laufenden Projekten haben, zögern Sie bitte nicht, uns direkt zu kontaktieren. Liquidator: Kai Bützler (Mobil-Nr. 0151 16266016).
Wir bleiben Ihnen auch künftig als Geschäftspartner erhalten!

Das KGW-Team